

Antrag 192/II/2019**SPDqueer Berlin****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Für geschlechtliche Selbstbestimmung!**

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich im
2 folgenden Sinne einzusetzen:
3 Die Personenstandsänderung erfolgt nicht durch eine ex-
4 terne Begutachtung und einen richterlichen Beschluss,
5 sondern durch die Selbstbestimmung der entsprechen-
6 den Person. Der Vornamens- und Geschlechtswechsel
7 vollzieht sich durch die Abgabe einer Erklärung beim Stan-
8 desamt. Die betreffende Person hat im Vorfeld die Pflicht,
9 an einer kostenlosen Beratung zum Thema Geschlechts-
10 identität, Vornamens- und Personenstandswechsel teil-
11 zunehmen.

12

13 Begründung

14 Trans* Personen wird im Referentenentwurf des Bundes-
15 ministeriums der Justiz und Verbraucherschutz und des
16 Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat vom
17 09.05.2019 nach wie vor das Recht auf geschlechtliche
18 Selbstbestimmung verweigert.

19

20 Die Absicht, das veraltete Transsexuellengesetz aufzuhe-
21 ben und die Vorschriften zur Änderung des Geschlechts-
22 eintrags im BGB zu regeln, ist ein positiver Ansatz. Mit
23 Ausnahme der Reduzierung der zwei kostspieligen Gut-
24 achten auf eine kostenfreie „begutachtende Beratung“
25 beinhaltet der Gesetzesentwurf jedoch durchgehend Ver-
26 schlechterungen oder ein Festschreiben des Status quo.

27

28 Die Entscheidung über die Geschlechtszugehörigkeit wird
29 weiterhin Außenstehenden zugesprochen, wofür es kei-
30 nen plausiblen Grund gibt.

31

32 Der vorliegende Gesetzentwurf zur Neuregelung der Ge-
33 schlechtseintragungen bleibt insgesamt weit hinter ande-
34 ren vergleichbaren Regelungen aus EU-Ländern zurück.

35

36 Das Ändern des Vornamens und die damit verbunde-
37 ne Geschlechtszugehörigkeit sind tiefgrifende Entschei-
38 dungen, die bedächtig und reflektiert getroffen werden
39 und daher nur von der entsprechenden Person selbst zu
40 verantworten ist. Trans*Personen brauchen daher weder
41 fremdbestimmte Entscheidungen über ihr Leben noch
42 langwierige kräftezehrende Prozesse durch unnötige Hür-
43 den. Sie verdienen durch ein unkompliziertes Verfahren
44 eine Erleichterung ihrer besonderen Situation.

45

46 Die SPD als Unterstützer der LGBTQ-Community muss an
47 dieser Stelle mit Nachdruck für die Rechte und Akzeptanz

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

48 von Trans*Personen eintreten. Deswegen sollen die zu-
49 ständigen von der SPD geführten Bundesministerien noch
50 in diesem Jahr einen neuen Gesetzentwurf vorlegen, der
51 die Lebenssituation von Trans*Personen substanziell und
52 nachhaltig verbessert.